

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Aufstellungsgelder) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilleseite oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restameise anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 21. Juni 1928

Nummer 143

## Verrat an der Arbeiterklasse

Koalition um jeden Preis / Die Volkspartei diktiert / Sozialdemokratischer Amnestieerrat in Preußen / Die erste Tat der Koalition / Schießerei im Serbischen Parlament

### 17 Punkte Hermann Müllers

Die Arbeiter dürfen sie nicht wissen!

Berlin, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Der gestrige Tag des Regierungsfußhandels brachte auf der einen Seite die Verhandlungen der Deutschen Volkspartei um die preußische Regierung und auf der anderen Seite den vorläufigen Entwurf Hermann Müllers für das Wirkungsprogramm der Großen Koalition im Reich. Hermann Müllers Entwurf wird der Öffentlichkeit vorenthalten. Er umfasst nach offiziellen Mitteilungen 17 Punkte, wobei besonders die Tagesfragen, wie der Panzerkreuzer, überhaupt nicht erwähnt werden. Der Entwurf wurde den verschiedenen Fraktionen vorgestellt, worauf das Zentrum und die Deutsche Volkspartei in Fraktionsführungen dazu Stellung nahmen. Wie dieses Regierungsprogramm beschaffen ist, läßt sich schon daraus schließen, daß das Zentrum mit allen Punkten einverstanden ist und lediglich in der Frage der Schulverpflichtung gewisse Vorbehalte macht. Die Deutsche Volkspartei beschloß, einige Änderungsanträge einzubringen. Die gestrigen abend stattgefundenen interfraktionellen Verhandlungen ergaben eine Einigung mit Ausnahme der Fragen der Amnestie und des Verfassungstages, wo auch hier die Deutsche Volkspartei Vorbehalte macht. Steuerfragen und Sozialpolitische Fragen wurden noch zurückgestellt.

Im Anschluß an die interfraktionellen Beratungen hielt die SPD eine Fraktionsführung ab, die sich aber nach Entgegennahme eines Beschlusses ohne Diskussion verlagte. Die interfraktionellen Beratungen werden heute fortgesetzt werden.

Die gestrigen Beratungen bezüglich der Erweiterung der preußischen Regierung nach rechts wurden vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in der Weise geführt, daß er selbst zwar erklärte, die Regierung wolle nicht in eine Verquickung der preußischen Regierungsfrage mit dem Problem der Reichsregierung einwilligen, andererseits aber haben die Volksparteiler auf den Weg der Verhandlung mit den preußischen Regierungsparteien gedrängt.

Berlin, 20. Juni 1928.

Aus Berlin wird uns zu dem Regierungschacher geschrieben:

Die Regierungsbildung ist bisher keinen Schritt weiter gekommen. Heute vormittag tagten die Fraktionen der Volkspartei und des Zentrums. Gleichzeitig verhandelte eine Delegation der Volkspartei mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun wegen der Umbildung der Preußenregierung. Nach den Meldungen der volksparteilichen Presse beharrt die Volkspartei nach wie vor unter allen Umständen auf der Umbildung der Preußenregierung und macht davon ihren Eintritt in die Große Koalition des Reiches abhängig. Der Vorwärts überbringt seinen Bericht über die Verhandlungen der Volksparteidelegation mit Braun: „Preußen bleibt fest“ und bemerkt dazu in seinem Kommentar, daß, wenn im Reich wochenlange Verhandlungen belächelt werden, komme es in Preußen, wo alles in Ordnung ist, auf ein paar Monate mehr oder weniger gar nicht an. Diese Stellungnahme ist aber nur Speisefechterei. In Wirklichkeit kommt es den SPD-Führern seit nunmehr drei Wochen an, die Frage des Eintrags der Volkspartei in die Preußenregierung als Schachrohre zu benutzen, d. h. von der Volkspartei andererseits die Zurückstellung verschiedener ihrer Forderungen zu erreichen, die dieselbe als Bedingung für ihren Eintritt in die Große Koalition des Reiches gestellt hat, und die wenn sie die SPD-Führer annehmen müßten, sie und die Große Koalition in den Augen der Arbeiterschaft sehr kompromittieren würde.

Was von der ablehnenden Haltung Brauns gegenüber der volksparteilichen Delegation zu halten ist, geht daraus hervor, daß Brauns sie an die Verhandlung mit den preußischen Regierungsparteien verwies. Die volksparteiliche Delegation begab sich deshalb sofort auch gemäß der Einladung der Zentrumsfraktion zu der letzteren und gab dort die Erklärung ab, daß die Volkspartei bereit ist, in Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierung in Preußen einzutreten. Wie die „Germania“ dazu bemerkt, liege nunmehr das gewünschte formelle Verlangen der Volkspartei vor und bestände kein Hindernis mehr, am 10. Juli zur nächsten Fraktionsführung des Zentrums dazu Stellung zu nehmen. Das bedeutet: trotz allen Geschreis der SPD-Presse, daß man vorerst an keine Umbildung in Preußen denke — daß die Volkspartei ihren Willen zur Mitregierung in Preußen so gut wie durchgesetzt hat.

Zu diesem Erfolg des volksparteilichen Koalitionsgenossen der SPD werden bald weitere Klar erkennbar sein, wenn der Öffentlichkeit das Regierungsprogramm bekannt wird, das Hermann Müller den Koalitionsparteien heute vormittag vorlegte, und über dessen endgültige Formulierung in der heute nachmittag stattgefundenen interfraktionellen Konferenz der Regierungsparteien beraten soll. Das Berliner Tageblatt meldet

nämlich über den Inhalt des Regierungsentwurfes, der vorläufig geheim bleiben soll, daß er keineswegs etwa den Charakter eines sozialdemokratischen Programms darstelle, sondern daß in ihm das Höchstmögliche herauskristallisiert sei, was für die Sozialdemokraten außerordentlich tragbar wäre. — Um nicht noch mehr Konfliktsstoffe zu schaffen und endlich die Regierung zustande zu bringen, soll die Frage des Baues des Panzerkreuzers aus den weiteren Verhandlungen ausgeschalten und vom zukünftigen Kabinett entschieden werden. Es ist jedoch sehr fraglich, ob Volkspartei und Zentrum sich damit abfinden werden.

Um auf die Sozialdemokratie einen Druck auszuüben, den Forderungen der bürgerlichen Parteien in weitestgehendem Maße gerecht zu werden, deuten diese in ihrer Presse bereits darauf hin, daß es außer der Großen Koalition ja auch noch andere Regierungsformen gäbe. Die Deutsche Tageszeitung schreibt dazu: „Im Zentrum gehen die verschiedensten Überlegungen hin und her, ob es nicht besser sei, an die Stelle der angeblich unausweichlichen Großen Koalition andere Gruppierungen treten zu lassen, über die vielleicht in einem späteren Zeitpunkt öffentlich zu sprechen sein wird.“

Zu den Schwierigkeiten bei dem Kuhhandel um die Regierungsbildung kommt noch hinzu, daß nach einer Mitteilung des Sozialdemokratischen Reichstages die christlichen Gewerkschaften gestern der zukünftigen Regierung ein umfangreiches sozialpolitisches Programm vorgelegt haben, das ebenfalls bei den Beratungen eine Rolle spielen wird.

Es ist demnach zu erwarten, daß auch in der heute abend stattfindenden interfraktionellen Sitzung der künftigen Regie-

rungsparteien noch keine Einigung zustande kommt, sondern der Kuhhandel noch eine ganze Zeit lang währen wird, ehe er zum Abschluß gelangt, und Hermann Müller das Kabinett der Großen Koalition mit Hilfe eines Regierungsprogramms, das fast den Forderungen der bürgerlichen Parteien entsprechen wird, zustande bringt.

### Abwürgung der Amnestie

Die SPD verhindert die Beratung in Preußen

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtber.)

Im Rechtsausschuß des preußischen Landtags wurden die Verhaftungspläne der Amnestie entlarvt. Der Vorsitzende des Ausschusses forderte zunächst auf zur Geschäftsordnung sich auszusprechen, ob über eine Amnestie in Preußen Beschluß gefaßt werden kann bevor der Rechtsausschuß im Reichstag Stellung genommen hat. Der Sozialdemokrat Kuttner griff diese Anregung sofort auf und beantragte die Beratung über Amnestie in Preußen zu verlagern.

Bei der Abstimmung gaben die Stimmen der sechs Sozialdemokraten für die Einstellung der Beratung über die Amnestie in Preußen den Ausschlag.

Die Kommunisten begleiteten das Ergebnis der Abstimmung mit dem Ruf: „Die erste Tat der Großen Koalition in Preußen.“

Bei der Aussprache über den kommunistischen Antrag, die preußische Regierung aufzufordern für eine Vollamnestie der proletarischen Gefangenen im Reich einzutreten, beantragten die Deutschnationalen, das Wort proletarisch zu streichen. Herr Kuttner beantragte, das Reich solle die Verurteilten der Länder ausschließen und alle Taten von der Amnestie ausnehmen, die gegen das Leben gerichtet waren. Der kommunistische Antrag auf volle Amnestie wurde von der SPD niedergestimmt, der deutschnationale Antrag abgelehnt und der Antrag Kuttner auf Erlaß einer eingeschränkten Amnestie im Reich angenommen.

### Gegen die Spalter der Metallarbeiter-Internationale

Von Viktor Waffow

Die Amsterdamer Internationale führt als ihr angegliedertes eine Institution an, die die hochtrabende Bezeichnung „Eiserne Internationale“ trägt. Beim näheren Hinsehen stellt es sich heraus, daß als „Eisern“ sich eine Gruppe von Personen bezeichnet, die vor mehreren Jahrzehnten wirklich etwas mit Eisen zu tun hatten, gegenwärtig jedoch ganz gewöhnliche reformistische Gewerkschaftsrekruten sind. Wir haben das Volksgesamte der Metallarbeiter-Internationale im Auge, insbesondere seinen Generalsekretär Konrad Zlg. der diesen hohen Posten mit dem Vorzug im schweizerischen Verbande der Metall- und Uhrenarbeiter glücklich vereinigt.

Wir hätten keine Veranlassung, an Zlg zu erinnern, und zum hundertsten Male diesen um die Arbeiterklasse sehr wenig verdienten Amsterdamer zu popularisieren, wenn er sich nicht von neuem auf dem Gebiete der Spaltung der Metallarbeitersbewegung hervorgetan hätte. In unserer Presse wurde bereits die Tatsache verzeichnet, daß das Baseler Kartell aus dem schweizerischen Gewerkschaftsbund deswegen ausgeschlossen wurde, weil es sich der Annahme eines von den reformistischen Führern gutgeheißenen arbeitereindlichen Geleines widerrichte. Bekanntlich unterstützen die Baseler Arbeiter ihre Organisation, und das auf Befehl Ferns begründete parallele Kartell als „Spalter“ verurteilt nicht, eine genügende Anzahl von Anhängern für sich zu gewinnen.

Angeichts dieser Sachlage beschloßen die Berner Reformisten, die revolutionären Baseler Verbände getrennt zu zerstückeln. Und gerade zu diesem Zweck wandte sich der Zentralvorstand des Metallarbeiterverbandes in der Person Zlgs an seine Baseler Mitglieder mit einem Kundschreiben, welches die Einktellung der Beitragszahlung an das alte Baseler Kartell forderte und erklärte, daß im Weigerungsfalle sämtliche Funktionäre der Baseler Metallarbeitersektion aus dem Verband ausgeschlossen werden würden.

Die Vertrauensmänner-Versammlung der Sektion Basel, die am 12. April stattfand, beschloß, der außerordentlichen Generalversammlung folgenden Antrag zu überreichen:

„Der Zentralvorstand wird aufgefordert, seinen Beschluß betreffend Beitragsperre an das alte Kartell aufzuheben. Sofern das nicht geschieht, beschließt die Sektion die Sperrung der Beiträge an den Zentralvorstand.“

Darauf schloß der Zentralvorstand sämtliche Vertrauensleute als „kommunistische Anstifter“ aus dem Verbande aus und erklärte die einberufene Generalversammlung für „ungesetzlich“. Trotz aller Bemühnisse seitens des Zentralvorstandes fand die Generalversammlung doch statt, die folgende Resolution mit 450 Stimmen gegen nur 1 Stimmen bei 7 Enthaltungen faßte:

1. Die Generalversammlung bezeichnet das Vorgehen des Zentralvorstandes gegenüber der Baseler Sektion als unver-

antwortliche, gewerkschaftsschädliche Handlungsweise. Die Nichtanerkennung der von der Baseler Mitgliedschaft gefaßten Beschlüsse kann sich auf keine statuarischen Bestimmungen stützen und kann durch keine gewerkschaftliche Gründe gerechtfertigt werden. Die Sektion Basels muß deshalb dieses Vorgehen auf das Schärfste mißbilligen.

2. Die Metallarbeiter erklären nach wie vor ihre volle Solidarität mit dem Gewerkschaftskartell Basel, das zu jeder Zeit seine Aufgabe als Klassenorganisation der Arbeiter erfüllt. Die Sektion kann sich deshalb den diktatorischen Beschlüssen des Zentralvorstandes nicht unterziehen und fordert die Mitglieder auf, keine Erklärung gegenüber dem Zentralvorstand zu unterzeichnen.

3. Die Versammlung beauftragt nochmals ihren entschlossenen Willen, alles zu tun, um die Einheit der Sektion aufrechtzuerhalten. Dies ist aber nur möglich auf der Grundlage der freien Entscheidungsrechte der Mitgliedschaft. Ein Unterordnen unter die Verfügung des Zentralvorstandes müßte die Auseinanderreißung der Sektion zur Folge haben. Die Metallarbeiter Basels sind entschlossen, ihre Organisation als Kampfmittel gegen die Unternehmer aufrechtzuerhalten, wenn es notwendig ist, auch gegen den Willen der reformistischen Leitung.

Die Versammlung beschließt, daß, wenn der Zentralvorstand keine Verfügung nicht zurücknimmt und keine Mitteilung zukommen läßt, wonach er bereit ist, die Beschlüsse der Baseler Sektion zu respektieren und deren Ausführung zuzulassen, solange keine Beiträge an den Verband abzuliefern, bis der Zentralvorstand seinen gewerkschaftsschädigenden Standpunkt aufgibt.“

Die Baseler Metallarbeiter waren also mit der Politik der reformistischen Führer nicht einverstanden, beschloßen die ausgeschlossenen Genossen im Verband und erklärten die Beitragsperre bis zu dem Augenblick, wo die im Zentralvorstand sitzenden Bureaukraten es lernen werden, den organisiert ausgeübten Willen der Verbandsmitglieder zu respektieren.

Das sind die Tatsachen. Wiederum sehen wir, wie die Reformisten die revolutionäre Lokalorganisation sprengen wollen. Wir sagen „wiederum“, weil ein derartiges Vorgehen bereits stattgefunden hat. In dem Beitrage, die Kommunisten loszuwerden, werden sie gerade die aktiven und der guten Sache des Proletariats ergebensten Verbandsmitglieder los. Dies hindert sie jedoch nicht daran, die Kommunisten als „Spalter der Gewerkschaftsbewegung“ zu brandmarken.

In ihrem Vortrags an die Baseler Arbeiter schreiben die reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten der Schweiz folgendes: „Wenn all die Injuringen, die Jahre hindurch die Kommunisten machen, um unsere Organisation zu zerstören, gegen